

## **ANTRAG**

**der Fraktion der AfD**

### **Migrationskrise an der Wurzel packen – Schlepperkriminalität wirksam bekämpfen**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die ungelöste Migrationskrise hat Mecklenburg-Vorpommern an den Rand seiner Unterbringungsmöglichkeiten gebracht. International aufgestellte Schlepperorganisationen tragen durch ihr kriminelles Handeln maßgeblich dazu bei, dass dieser Kontrollverlust bis in unsere Kommunen hinein Konsequenzen zeigt und die Entfremdung zwischen Bürgern und Regierung wächst. Integration scheidet, das Bildungssystem leidet immer stärker und die Konkurrenz auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt führt zu wachsenden Konflikten zwischen ausländischer und einheimischer Bevölkerung. Der Landtag unterstützt daher die Auffassung der Ministerpräsidentin, dass aufgrund mangelnder Kapazitäten und erschöpfter Ressourcen die illegale Migration konsequent begrenzt werden muss.
2. Der Kampf gegen kriminelle Schlepperstrukturen muss höchste Priorität haben und ist auf allen föderalen Ebenen des Staates auch öffentlichkeitswirksam zu führen. Letzteres heißt insbesondere, die Notwendigkeit einer effektiven Bekämpfung des Geschäftsmodells der Schlepper im Mittelmeer anzuerkennen. Erkenntnisse italienischer Justizbehörden belegen eindeutig, dass Nichtregierungsorganisationen illegal mit nordafrikanischen Schleusern kooperieren. Die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen im Mittelmeer hat in der Vergangenheit regelmäßig falsche Anreize für gefährliche Überfahrten gesetzt.

3. Diese Krise grundsätzlich anzugehen, heißt, jegliche Geschäftsgrundlage krimineller Schlepperstrukturen auszutrocknen. Der Landtag begrüßt daher Forderungen der italienischen Regierung nach einer militärisch abgesicherten Seeblockade im Mittelmeer. Das Schleppergeschäft auf diese Weise zu zerstören, ist ein humaner Akt zur Rettung von Menschenleben. Das Vorgehen Australiens dient hierzu ausdrücklich als Beispiel für eine erfolgreiche Migrationspolitik, die es kriminellen Strukturen unmöglich macht, Menschen unter lebensgefährlichen Bedingungen auszubeuten, und die zugleich illegale Einreisen verhindert.
  4. Das widersprüchliche öffentliche Auftreten des Bundeskanzlers und der Außenministerin in Bezug auf im Bundeshaushalt veranschlagte Fördergelder für im Mittelmeer arbeitende Nichtregierungsorganisationen schadet dem Ansehen Deutschlands. Die Finanzierung dieser Initiativen verhindert zugleich einen Interessenausgleich mit unseren europäischen Partnern. Dieses Deutschland in Europa isolierende Verhalten der Bundesregierung wird vom Landtag ausdrücklich missbilligt.
  5. Die Landesregierung hat sich zu lange gegen effektiv begrenzende Maßnahmen gesperrt und entsprechende Forderungen in vergangenen Landtagsdebatten durch einen missbräuchlichen Blick auf die Vergangenheit tabuisiert. Dies führt bis heute dazu, dass viele Bürger des Landes das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Regierung verloren haben. Eine wirksame migrationspolitische Umkehr, die die Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaates stärkt, bedarf notwendigerweise wirksamer Kontroll- und Zurückweisungs-möglichkeiten an der deutsch-polnischen Grenze.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
1. sich auf Bundesebene offensiv für ein Ende der über den Bundeshaushalt geregelten Finanzierung von im Mittelmeer operierenden Nichtregierungsorganisationen einzusetzen und so zu helfen, die isolierte Positionierung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union zu beenden.
  2. sich auf Bundesebene für Transitzentren an deutschen Grenzübergängen einzusetzen, in denen durch eine „Fiktion der Nichteinreise“ europarechtlich abgestimmte Zurück-schiebungen unter anderem an der polnischen Grenze durchgesetzt werden können, um dadurch ein unübersehbares Signal an internationale Schlepperstrukturen zu senden.
  3. den personell sehr herausfordernden Einsatz der Landespolizei zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität in der Grenzregion zu Polen zum Anlass zu nehmen, dem Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung einen Bedarfsplan mit einer Schätzung zu den Beschaffungs- und Unterhaltskosten zusätzlicher Ausrüstung für Grenz-sicherungsmaßnahmen und die Bekämpfung von Schleuserkriminalität bis Ende des Jahres vorzulegen.
  4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass von Schleusern und Schleppern beschlag-nahmte Datenträger und Mobiltelefone umfassend ausgewertet werden können und dem Bund im Rahmen der Amtshilfe hierbei personelle und technische Unterstützung nach Möglichkeit des Landes anzubieten.
  5. sich zum Schutz von Leben und Menschenwürde öffentlich an die Seite der italienischen Regierung zu stellen und die Forderung nach einer Seeblockade im Mittelmeer zu unterstützen.